

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Jahr 1967

A. Geschäftsverteilung

Präsident: Wolfgang Mersmann
Vizepräsident: Wilhelm Otto

Allgemeine Verwaltung, Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Geschäftsganges, Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, Haushalts- und Kassenwesen.

Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M—Z,
3. Einkommensteuer von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen, auch wenn sonstige Fragen streitig sind,
4. Gewerbesteuer, Kirchensteuer, Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer i. d. F. vom 2. Nov. 1961, BStBl I 1961, 707), Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen in den Fällen der Ziff. 1,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2 und 3,
6. Notopfer Berlin, Währungsnotopfer Westberlin (Gesetz vom 21. Juli 1949 — Verordnungsblatt für Groß-Berlin S. 217 —) in den Fällen zu Ziff. 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952).

II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrsteuern,
 - a) Gesellschaftsteuer,
 - b) Wertpapiersteuer,
 - c) Börsenumsatzsteuer,
4. Beförderungsteuer,
5. Kraftfahrzeugsteuer,
6. Rennwett- und Lotteriesteuer,
7. Versicherungsteuer,
8. Feuerschutzsteuer,
9. Wechselsteuer,
10. Rentenbankgrundschuldensachen,
11. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
12. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
13. Spielbankabgabe,
14. Urkundensteuer des Saarlandes.

III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer, einschließlich Baulandsteuer (Grundsteuer C),
4. Baunotabgabe,
5. Soforthilfeabgabe und Soforthilfe-Sonderabgabe,
6. Hypothekensicherungsabgabe (Umstellungsgrundschuldleistungen),
7. Lastenausgleichsabgaben:
 - a) Vermögensabgabe,
 - b) Hypothekengewinnabgabe,

- c) Kreditgewinnabgabe,
 - d) Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden,
8. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften.

IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A—L,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften, aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A—M,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 1 und 2,
4. Zerlegung der Einkommensteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952),
5. Gesonderte Gewinnfeststellung für gewerbliche Betriebe.

V. Senat

Umsatzsteuer ausschließlich der Umsatzausgleichsteuer.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
 - b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - c) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - d) Sonstige Einkünfte,
 - e) Sonderausgaben,
 - f) Zusammenveranlagung mit Kindern (§ 27 EStG 1963 und vorher),
 - g) Tarifvorschriften des § 32 EStG und der §§ 32a—32c EStG 1955 ff., auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten (§§ 26, 26b EStG) wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
 - h) Außergewöhnliche Belastung (§§ 33 und 33a EStG),
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N—Z,
3. Einheitliche Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
4. Lohnsteuer,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
7. Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
8. Kirchensteuer, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
9. Wohnungsbau-Prämien (Gesetz vom 17. März 1952 — Bundesgesetzbl. I S. 139 —),
10. Zerlegung der Lohnsteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952 — § 7 Abs. 2),
11. Bergmannsprämien (Gesetz vom 20. Dezember 1956 — Bundesgesetzbl. I S. 927 —),

soweit nur diese Fragen streitig sind,

12. Spar-Prämien (Gesetz vom 5. Mai 1959 — Bundesgesetzbl. I S. 241 —),
13. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12. Juli 1961,
14. Beiträge nach dem Bremischen Gesetz über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen vom 3. Juli 1956,
15. Investitionszulage nach § 21 des Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft von Berlin (West) i. d. F. vom 26. Juli 1962 (Bundesgesetzbl. I S. 493, 499) und nach § 19 des Berlinhilfegesetzes vom 19. August 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 675).

VII. Senat

1. Zollgesetz mit den dazugehörigen Zollordnungen,
2. Truppenzollgesetz,
3. Zolltarifgesetz mit Zolltarif,
4. Ausfuhrzoll,
5. Abschöpfungserhebungsgesetz vom 25. Juli 1962 mit Abschöpfungstarif,
6. Umsatzausgleichsteuer,
7. Biersteuer,
8. Branntweinsteuer,
9. Essigsäuresteuer,
10. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
11. Kaffeesteuer,
12. Leuchtmittelsteuer,
13. Mineralölsteuer,
14. Salzsteuer,
15. Schaumweinsteuer,
16. Spielkartensteuer,
17. Süßstoffsteuer,
18. Tabaksteuer,
19. Teesteuer,
20. Zuckersteuer,
21. Zündwarensteuer,
22. Branntweinmonopol,
23. Zündwarenmonopol,
24. Kohlenabgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnbaus im Kohlenbergbau,
25. Berliner Ausgleichsabgabe,
26. Schankerlaubnissteuer,
27. Reichsabgabenordnung bei Streitigkeiten über:
 - a) Hilfeleistung in Steuersachen (§ 107, § 107a AO und Steuerberatungsgesetz vom 16. August 1961 — Bundesgesetzbl. I S. 1301 —),
 - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 124 AO),
 - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO), wenn die Steuerforderungen nicht bestritten sind,
 - d) Verfügungen (§ 91 AO), die nach § 202 AO erzwingbar sind, und die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 202 AO),
 - e) Festsetzung von Rechtsmittelgebühren und Erstattung von Gebühren und Auslagen für Personen, die geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten (§§ 316, 322 und 323 der Reichsabgabenordnung in der bis 31. Dezember 1965 geltenden Fassung, § 257 der Reichsabgabenordnung in der seit 1. Januar 1966 geltenden Fassung),
 - f) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
28. Finanzgerichtsordnung bei Streitigkeiten über
 - a) Ansatz der Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen des Gerichts) sowie über Festsetzung der zu erstatten- den gesetzlich vorgesehenen Gebühren und Auslagen eines Bevollmächtigten oder Beistandes, der zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen befugt ist,
 - b) Beschlüsse der Finanzgerichte i. S. des § 21 Abs. 3 der Finanzgerichtsordnung.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 u. 4 i. V. mit § 184 Abs. 2 Ziff. 5 FGO

Anmerkungen

I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugeteilte Steuerart mit zu entscheiden, und zwar
 - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen streitig sind,

b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuerarten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheitlich entschieden werden muß.

In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt.

2. Wenn der I., IV. oder VI. Senat für Fälle zuständig sind, in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder (und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzungen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist außer über die Schätzung noch über eine andere umsatzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Umsatzes — der V. Senat zuständig.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV. und VI. Senat

- a) Für Rechtsbeschwerden mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des Gewinns betrifft, ist grundsätzlich der I. oder der IV. Senat zuständig.
- b) Ist die Art der Einkünfte streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz.
- c) Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach Ziff. 2 der Aufgabengebiete für den I. bzw. nach Ziff. 1 der Aufgabengebiete für den IV. und den VI. Senat im Geschäftsverteilungsplan noch nach vorstehender Ausnahme- und Abgrenzungsregelung, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
- d) Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
- e) Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist, nach dessen Familiennamen.

III. Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung

- a) Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Ziff. 27 und 28 der Aufgabengebiete des VII. Senats) gegeben ist.
Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
 - 1) über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1,2),
 - 2) soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1).
- b) Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.

IV. Saarland

Die saarländischen Steuern werden von denselben Senaten behandelt wie die entsprechenden Steuern in dem übrigen Teil der Bundesrepublik.

V. Zuständigkeit bei Abgabe von Streitsachen über Investitionszulage

Hat der I. oder IV. Senat vor dem 1. Januar 1967 einen Bescheid erlassen oder ein Urteil vorbehaltlich der Zustimmung dieser Senate beschlossen, so bleiben diese Senate für die mündliche Verhandlung oder für die endgültige Entscheidung nach Eingang der Stellungnahmen dieser beteiligten Senate zuständig.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat	
Vorsitzender:	Präsident Mersmann
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Prof. Dr. Grass Bundesrichter Timm Bundesrichter Dr. Birkholz Bundesrichter Dr. Döllerer
Regelmäßige Vertreter der Mitglieder	
Bundesrichter Barske	für die Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis, Prof. Dr. Grass und Timm
Bundesrichter Dr. Gräber	für die Bundesrichter Dr. Birkholz und Dr. Döllerer
II. Senat	
Vorsitzender:	Vizepräsident Otto
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Dr. Fließbach
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Conze Bundesrichter Dr. Egly Bundesrichter Dr. Sigloch Bundesrichter Nergert Bundesrichter Knopp
Regelmäßige Vertreter der Mitglieder	
Bundesrichter Steinhardt	für die Bundesrichter Conze, Dr. Fließbach und Dr. Egly
Bundesrichter Dr. Meßmer	für die Bundesrichter Dr. Sigloch, Nergert und Knopp
III. Senat	
Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Diederichs
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Dr. Stenger
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Dr. Dopatka Bundesrichter Huhn Bundesrichter Bachelin Bundesrichter Steinhardt Bundesrichter Dr. Meßmer
Regelmäßige Vertreter der Mitglieder	
Bundesrichter Linder	für die Bundesrichter Dr. Stenger, Dr. Dopatka und Dr. Meßmer
Bundesrichter Dr. Döllerer	für die Bundesrichter Huhn, Bachelin und Steinhardt
IV. Senat	
Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Grieger
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Dr. Berger
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Dr. Littmann Bundesrichter Rademacher Bundesrichter Dr. Gräber Bundesrichter Görbing
Regelmäßige Vertreter der Mitglieder	
Bundesrichter Dr. Birkholz	für die Bundesrichter Dr. Berger, Dr. Littmann und Rademacher
Bundesrichter Kessel	für die Bundesrichter Dr. Gräber und Görbing
V. Senat	
Vorsitzender:	Senatspräsident Wauer
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Dr. Malitzky
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Dr. Schettler Bundesrichter Dr. List Bundesrichter Voigt Bundesrichter Linder

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder	
Bundesrichter Knopp	für die Bundesrichter Dr. Malitzky und Dr. Schettler
Bundesrichter Edsperger	für die Bundesrichter Dr. List, Voigt und Linder

VI. Senat

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Hartz
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Dr. Ringleb
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Barske Bundesrichter Kessel Bundesrichter Dr. Siméon

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Görbing	für die Bundesrichter Dr. Ringleb und Kessel
Bundesrichter Rademacher	für die Bundesrichter Barske und Dr. Siméon

VII. Senat

Vorsitzender:	Senatspräsident Schulz
Regelmäßiger Vertreter:	Bundesrichter Dr. Rahn
Weitere Mitglieder:	Bundesrichter Dr. Bollenhagen Bundesrichter Prof. Dr. Mattern Bundesrichter Edsperger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. List	für die Bundesrichter Dr. Rahn, Dr. Bollenhagen und Edsperger
Bundesrichter Dr. Sigloch	für den Bundesrichter Prof. Dr. Mattern

Großer Senat

Vorsitzender: Präsident Mersmann

Bestellte Mitglieder	Bestellte Vertreter
1. Senatspräsident Dr. Grieger	Bundesrichter Dr. Berger
2. Senatspräsident Dr. Hartz	Bundesrichter Dr. Rahn
3. Bundesrichter Dr. Ringleb	Bundesrichter Barske
4. Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis	Bundesrichter Dr. Döllerer
5. Bundesrichter Steinhardt	Bundesrichter Dr. List
6. Bundesrichter Dr. Gräber	Bundesrichter Dr. Egly

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§§ 8, 10 FGO).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Senatspräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 FGO ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Die weitere Vertretung regelt sich nach § 67 GVG.